

EIN SOZIALES EUROPA – FÜR ALLE



Foto: Carolin Weinkopf

Liebe Leserinnen und Leser!

„Europa. Jetzt aber richtig!“ Unter diesem Motto sind wir gemeinsam mit den Gewerkschaften am 1. Mai auf die Straße gegangen. Und ja, es wird Zeit, dass wir für unser Europa einstehen. Für ein Europa, das verbindet statt trennt, das schützt statt ausbeutet, das Chancen bietet statt Hindernisse aufzubauen. Dieses soziale, solidarische und gerechte Europa zu verteidigen und zu stärken ist unsere Aufgabe.

Europa muss ein Garant für gute ArbeitnehmerInnen-Rechte sein. Jeder muss in Europa von seiner Arbeit leben können, egal ob jung oder alt, egal ob er in Polen lebt oder in Deutschland. Deswegen stehen wir Seit’ an Seit’ mit den Gewerkschaften, die sich dafür einsetzen, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ europaweit für alle Branchen umgesetzt wird. Grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping muss geahndet und bestraft werden und Mitbestimmung muss als ein soziales Grundrecht in Europa gestärkt werden.

Für uns ist klar: Menschen stehen vor Märkten. Deswegen: Am 26. Mai bei der Europawahl SPD wählen!

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Baustellenrundgang: Projektentwickler Tobias Enders – hier mit der Friedenauer SPD-Abgeordneten und Gesundheitsministerin Dilek Kolat und Jan Siggelkow – zeigt die Pläne für die „Friedenauer Höhe“.

Foto: Ulrich Horb

Beim Wohnungsbau auf der Höhe

„Friedenauer Höhe“: Hier entsteht ein neues Stadtquartier mit 1.500 Wohnungen

Es ist eines der größten Bauprojekte in der Stadt: Auf der „Friedenauer Höhe“, einem früheren Bahngelände neben dem S-Bahnhof Innsbrucker Platz, entsteht in den kommenden vier Jahren ein neues Stadtquartier mit 1.500 Wohnungen, eingebettet in Grünanlagen und Spielplätze. Bei einem Baustellenrundgang mit Dilek Kolat, Friedenauer SPD-Abgeordnete und Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, informierten sich jetzt rund 100 Anwohnerinnen und Anwohner über das Projekt.

Noch prägen Sandhügel das Bild neben den Bahngleisen. Wie es hier künftig aussehen soll, zeigen Schautafeln an der Hauptstraße. Für Dilek Kolat ist das Vorhaben „eines der großen Zukunftsprojekte“. Neubau ist für die SPD-Politikerin neben dem Kauf von Wohnungen und der Deckelung der

Mieten ein wichtiger Baustein in der Wohnungspolitik. Viele Jahre ist darüber im Bezirk intensiv beraten worden, es gab eine umfangreiche Bürgerbeteiligung. Ziel ist ein gut gemischtes Quartier für Jung und Alt, für Familien und Singles mit einem entsprechenden Anteil an bezahlbarem Wohnraum.

So entstehen nahe der Handjerystraße 245 Wohnungen im sozial geförderten Wohnungsbau. Für sie verspricht Jan Siggelkow vom Projektentwickler Ten Brinke 6,50 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter. Vermieter wird hier später die städtische Wohnungsbaugesellschaft Howoge sein.

Die Mieten für die frei finanzierten Wohnungen werden erst 2023 festgelegt, die Vermietung beginnt ein halbes Jahr vor der Fertigstellung, so Tobias Enders, der als Niederlassungsleiter der OFB den freifinanzierten Wohnungsbau ver-

antwortet. Noch steht der künftige Eigentümer nicht fest, klar ist nur, dass es Mietwohnungen bleiben sollen, keine Eigentumswohnungen. Alle Wohnungen werden mit Terrassen oder Balkonen ausgestattet sein, eine zentrale Grünanlage wird die „Friedenauer Höhe“ prägen. Durchgangsverkehr gibt es nicht, die Autos verschwinden in sechs Tiefgaragen. 2.000 Fahrradstellplätze sind geplant. Mit U- und S-Bahn und etlichen Buslinien gibt es eine optimale Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Damit soll sichergestellt werden, dass es auch in den angrenzenden Wohnstraßen zu keiner zusätzlichen Belastung durch den Verkehr kommt.

Überarbeitet haben die Planer die Wohnungszuschnitte: Um dem steigenden Bedarf an 1- und 2-Zimmerwohnungen gerecht zu werden, werden jetzt mehr kleine Wohnungen errichtet als ursprünglich ge-

plant, ohne dass sich die Baumasse insgesamt ändert, so Enders.

Für das Projekt gibt es etliche Auflagen. Lärm und Feinstaub von der Bahn und der Autobahn werden durch eine sechsgeschossige Riegelbebauung mit einer zusätzlich aufgesetzten Lärmschutzwand abgehalten. Aber auch zur Bahn hin verspricht Enders eine aufgelockerte Fassade. Eine Kita mit 85 Plätzen entsteht. Es wird Geschäfte geben, und der Edeka-Markt an der Handjerystraße soll nach vorübergehender Schließung im Erdgeschoss eines Neubaus wiedereröffnen.

Darüber hinaus, so Dilek Kolat, sei vertraglich festgehalten, dass die ehemalige Waldendorf Grundschule in der gegenüberliegenden Otzenstraße instandgesetzt wird, damit sie zeitnah mit der Fertigstellung der Wohnungen als Grundschule in Betrieb gehen kann.

Ulrich Horb

Willkommensbündnis im Bezirk: Aktiv und gut vernetzt

Ende 2015 wurde das Netzwerk auf Initiative von Migrantorganisationen und Sozialdemokrat*innen gegründet

Das Willkommensbündnis Tempelhof-Schöneberg ist entstanden aus der Erfahrung, dass die Hilfsbereitschaft vieler Menschen Koordination braucht, um effektiv zu sein: die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen und Maßnahmen zu verzahnen.

Die Veränderungen am Flughafen Tempelhof, Sport als Integrationsmotor, Sprachkurse und die Willkommensklassen an den Schulen sowie die Wohnungssuche für geflüchtete Menschen sind immer wiederkehrende Themen.

Auch jetzt, wo die Geflüchteten die Schlagzeilen weniger beherr-

schen als im Jahre 2015, trifft sich das Bündnis alle drei Monate, um verschiedene Anliegen vorzutragen und sich gegenseitig über den Stand der Arbeit im Bezirk zu informieren. Die Vertreter der Träger von Maßnahmen und Unterkünften, der Verwaltung und die ehrenamtlich Aktiven nutzen die Gelegenheit, um sich über die Flüchtlingshilfe vor Ort auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Seit seiner Gründung begleitet Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) das Netzwerk und berichtet regelmäßig über den Stand der Arbeit des Bezirksamtes mit Geflüchteten und für Geflüchtete.



Sitzung im Zirkus Cabuwazi. Leider muss der beliebte Kinderzirkus Ende 2019 schließen – so will es das Tempelhof-Gesetz.

Foto: Aytan Dogan

Alle Treffen finden bei einem der teilnehmenden Träger statt – besonders häufig beim Stadtteilverein Schöneberg im PallasT. Aber auch im Zirkuszelt des Kinderzirkus Cabuwazi wurde schon getagt. Da das Netzwerk über keine Finanzmittel verfügt, ist das persönliche Engagement möglichst vieler Menschen Grundlage für den Erfolg!

Das nächste Treffen findet am 13. Juni 2019 statt. Thema sind die lokalen Angebote für traumatisierte Flüchtlinge.

Die Veranstaltung ist öffentlich, um Anmeldung wird gebeten unter: kf@ba-ts.berlin.de

Antje Schwarzer

ALTE MÄLZEREI ERWACHT

Am S-Bahnhof Lichtenrade entsteht ein Ort, der mit Bücherei, Musikschule, Volkshochschule, Kindergarten und Jugendmuseum die kommunale Infrastruktur und durch Kino, Bühne, Startups und sozialen Trägern den Ortsteil enorm bereichert.



Die Alte Mälzerei wird neu erfunden.
Foto: Corinna Volkmann

Im direkten Umfeld werden nachhaltig-ökologische und bezahlbare Wohnungen gebaut. „Vom Bezirksamt ist eine Gemeinschaftsaufgabe gestemmt worden: ein Bildungs- und Kulturstandort für den Süden des Bezirks. Ich freue mich sehr auf den Eröffnungstag. Lichtenrade hat einen Anziehungsmagneten mehr!“, sagt Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD).

Eigentümer Thomas Bestgen und das Bezirksamt arbeiten reibungslos zusammen. Die Alte Mälzerei im neuen Gewand – anzuschauen zum Beispiel am **Tag der Offenen Tür** beim **Richtfest am 11. Mai 2019!**

Corinna Volkmann

Wie in einer Geisterbahn

Ursula Krechel erzählt eine Familiengeschichte aus der NS-Zeit und nach 1945

Nach dem großen Erfolg ihres Romans „Landgericht“, der die Justiz der NS- und Nachkriegszeit kritisch betrachtet, erzählt Ursula Krechel in ihrem neuen Roman von einer Sinti-Familie aus dieser Zeit.

Die Dorns, die mit ihren vielen Kindern im katholischen Trier leben und ein Kinderkarussell betreiben, stehen im Mittelpunkt. Sinti und Roma waren die ersten, die vom Nazi-Regime mit Blick auf die Olympischen Sommerspiele 1936 erfasst und in Lagern „konzentriert“ wurden. Schon 1934 wurde auf den Berliner Riesefeldern der „Zigeunerrastplatz Marzahn“ eingerichtet.

Hier landet auch Vater Alfons Dorn, der zufällig in eine Razzia auf dem Kurfürstendamm gerät, als er in Berlin einen der neuen Autoscooter kaufen will. Schon in Trier hatte die Polizei Alfons im Auge, sie untersagte den Karussell-Betrieb während einer Hitlerrede, weil sich angeblich die Anwohner gestört fühlten. Etliche Stellplätze standen dem Fahrbetrieb der Dorns plötzlich nicht mehr zur Verfügung. Es folgte die Zwangssterilisierung der ältesten Tochter. Das achte Kind der Familie wurde tot geboren, weil die Hebamme sich weigerte, bei der Geburt zu helfen.

Der älteste Sohn wird nach Buchenwald deportiert. Schließlich landet die gesamte Familie Dorn im KZ, aus dem sie 1945 zurückkehrt –



Autorin Ursula Krechel

Foto: Gunter Glücklich

fünf Kinder haben dort ihr Leben gelassen. Erneut stehen die Dorns im sozialen Abseits, werden von der Stadtverwaltung mit Moselwein statt einer Entschädigung abgespeist. Die Familie ist traumatisiert, kämpft aber um Wiedergutmachung.

Das Schicksal der Familie Dorn ist nur eine Ebene im Roman. Wir begegnen einer KPD-Familie und einem Aufsteiger, der es bis in ein Bonner Ministerium schafft, einem Arzt, der „im Krieg bleibt“ und einer

großen Anzahl weiterer Personen, deren Leben die Autorin durch das Studium von Polizei-, Verwaltungs- und Entnazifizierungsakten lebens-echt nachempfunden hat. Der historische Hintergrund wird angereichert durch das Auftreten von Konrad Adenauer, den päpstlichen Nuntius Pacelli und der vor und nach 1945 allseits verbreiteten Abneigung gegen „Zigeuner“.

Die in Trier geborene Autorin erzählt mit historischem Einfühlungsvermögen und dichterischer

Kraft. Sie schildert die fast ein Jahrhundert umspannenden Schicksale bis in die Nachkriegszeit: Das jüngste Kind der Familie Dorn geht mit den Kindern der Nazis und der Kommunisten zur Schule – verbunden sind sie durch das Schweigen der Eltern über das Geschehene.

Eva Liebchen

Ursula Krechel: Geisterbahn.
Roman. Verlag Jung und Jung.
Salzburg 2018, 650 Seiten, 32 €.

Mietpreisbremse nutzen Kevin Kühnert in Friedenau

BVV: Mieter*innen bei Wohnungsanmeldung informieren

Aktuelle Diskussion an der Friedrich-Bergius-Schule

Die besten Gesetze können nur Wirkung erzeugen, wenn sie angewendet werden. Das gilt auch für die seit Januar 2019 geltende Mietpreisbremse.

Vielen Menschen ist nicht bekannt, dass sie vom Vermieter Mietbeträge zurückfordern können, die zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, wenn der Mietvertrag erst in diesem Jahr geschlossen wurde. Das Einfordern hilft nicht nur den Betroffenen, sondern der gesamten Mieterschaft. Denn die Nutzung der Mietpreisbremse verhindert den ausufernden Anstieg des Mietpreises.

Die BVV Tempelhof-Schöneberg hat daher beschlossen, dass Mieterinnen und Mieter bei der Wohnungsmeldung über dieses und andere mietpreisbegrenzende Instrumente informiert werden sollen. Wenn Mieter*innen zur Wohnungsmeldung ins Bürgeramt gehen, sollen sie Informationsmaterial erhalten, das die mietpreisregelnden Instrumente erklärt und die Anlaufstellen im Bezirk benennt. Zumindest im Online-Angebot soll auch gleich die aktuelle Höhe des Mietpreises am Wohnort ermittelt werden können.

Manuela Harling

Kevin Kühnert, Bundesvorsitzender der Jusos und Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg, besuchte jüngst die Friedrich-Bergius-Schule in Friedenau.

Nach einem Gespräch mit Schulleiter Rudolph und der Mittelstufenleiterin Frau Wegener über die aktuelle Situation der Schule nahm er sich zwei Stunden Zeit, um mit ca. 60 Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen 7, 8 und 10 ins Gespräch zu kommen.

Bei dem sehr intensiven Austausch sprachen die Jugendlichen viele aktuell-politische Themen an,



Kevin Kühnert im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern

Foto: FBS

wie z. B. die Debatte um Uploadfilter oder die „Friday for Future“-Demonstrationen, sie thematisierten aber auch viele Grundsatzfragen unserer Gesellschaft.

Die nächsten Stunden des Politikunterrichts werden eine geeignete Plattform zur Weiterarbeit bieten.

Gesine Wegener,
Mittelstufenleiterin

Für einen bunten und sicheren Nollendorf-Kiez

„SPDqueer“ im Gespräch mit Gastwirten, Clubbesitzern und Vereinen

Die „Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung“ der SPD Tempelhof-Schöneberg („SPDqueer“) hat sich kürzlich mit Gastwirten, Clubbesitzern und Vereinen im Nollendorf-Kiez getroffen. Es wurde deutlich: Der Kiez hat nach wie vor ein akutes Sicherheitsproblem.

Die bisherigen polizeilichen Maßnahmen sind wichtig, konnten aber nicht viel ändern. Der Nollendorf-Kiez in Schöneberg ist seit jeher ein wichtiger Anziehungspunkt der queeren Bewegung mit weltweiter Strahlkraft. So hat sich auch das Schwul-Lesbische-Straßenfest zu einem Besucher*innenmagnet entwickelt. Dieser bunte und beliebte



Der in den Regenbogenfarben beleuchtete U-Bahnhof am Nollendorfplatz
Foto: Hans G. Kegel

Kiez wird mittlerweile allerdings als kriminalitätsbelasteter Ort eingestuft und verliert damit an Attraktivität.

Besucher*innen bleiben erkennbar aus, Betreiber*innen von Szeneläden berichten von massiven Umsatzrückgängen wegen der durch Banden organisierten Kriminalität vor Ort. In den Nachtstunden werden die vorrangig männlichen Besucher der Szeneläden gezielt Opfer von Taschendiebstahl („Antanzen“), Raub und Hasskriminalität durch Banden. Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer schwerer Straftaten noch höher liegt, da viele Opfer aus Scham oder Angst keine Anzeigen erstatten.

Im Juli 2018 wurde erstmals eine „Mobile Wache“ für den Nollendorfplatz konzipiert. Die Zeit der Polizeipräsenz und/oder Personalstärke scheint aber nicht auszureichen, um die Sicherheitslage nachhaltig zu verbessern. Vorbehalte der queeren Community gegen eine stärkere Polizeipräsenz nehmen nach Aussage der Clubbesitzer stark ab. Deshalb hat die Berliner SPD auf dem jüngsten Landesparteitag beschlossen, dass die Polizeipräsenz zur Sicherheit der Anwohner*innen und Besucher*innen im Nollendorf-Kiez signifikant erhöht werden soll.

Michael Biel / Jan-Pierre Richter